

Arbeitsergebnisse des Sozialgerichts Dortmund im Jahre 2020

Herausgeber:

Die Präsidentin des Sozialgerichts Dortmund, Anita Schönenborn, Ruhrallee 1 – 3, 44139 Dortmund, Tel.: (0231) 5415-201

Pressesprecher:

Richter am Sozialgericht Dr. Carsten Schumacher, Tel.: (0231) 5415-240;

Fax: (0231) 5415-509, Internet: www.sg-dortmund.nrw.de

Inhaltsübersicht

Die Sozialgerichtsbarkeit Nordrhein-Westfalen	S. 3
Der Bezirk des Sozialgerichts Dortmund	S. 4
Das Sozialgericht Dortmund	S. 5
Inhaltsübersicht über die wesentlichen Fachgebiete	S. 6 - 7
Klageeingänge 2020 - Grafik -	S. 8
Entwicklung der Eingänge, Erledigungen und Bestände - Grafik -	S. 9
Entwicklung der Eingänge, Erledigungen und Bestände 2016 – 2020	S. 10 - 12
Dauer und Erfolg der Verfahren; Berufungen	S. 13

Sozialgerichtsbarkeit Nordrhein-Westfalen



Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen

Acht Sozialgerichte in:

Aachen, Detmold, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Gelsenkirchen, Köln und Münster

Der Bezirk des Sozialgerichts Dortmund

Das Sozialgericht Dortmund ist zuständig für insgesamt 3.426.119 Einwohnerinnen und Einwohner.

Der Gerichtsbezirk entspricht dem Regierungsbezirk Arnsberg mit Ausnahme der Stadt Herne, umfasst also die Kreise Unna, Soest, Siegen-Wittgenstein, Olpe, den Ennepe-Ruhr-Kreis, den Hochsauerlandkreis und den Märkischen Kreis sowie die Städte Bochum, Dortmund, Hagen und Hamm.

Auswärtige Gerichtstage finden u.a. statt in:

Altena
Arnsberg
Bochum
Hagen
Hamm
Meschede
Siegen
Soest

Das Sozialgericht Dortmund

Personal

(Stichtag: 31.12.2020)

Insgesamt:	206 Beschäftigte
Richter/innen:	79, davon 48 Frauen (60,76 %)
Beamte/innen:	27, davon 18 Frauen (66,67 %)
Regierungsbeschäftigte:	100, davon 82 Frauen (82,00 %)
Ehrenamtliche Richter- innen und Richter:	823, davon 305 Frauen (37,06 %)

Spruchkörper

(Stichtag: 01.01.2021)

103 Kammern (einschließlich Teilkammern)

– im Wesentlichen auf die einzelnen Sachgebiete wie folgt verteilt:

Schwerbehindertenrecht und soziales Entschädigungsrecht	18 Kammern	(8,25 Dezernate)
Arbeitsförderung	7 Kammern	(3,30 Dezernate)
Grundsicherung für Arbeitsuchende	27 Kammern	(19,90 Dezernate)
Sozialhilfe, Leistungen für Asylsuchende	6 Kammern	(2,85 Dezernate)
Rentenversicherung	13 Kammern	(10,70 Dezernate)
Unfallversicherung	6 Kammern	(4,55 Dezernate)
Vertragsarztrecht	2 Kammern	(0,60 Dezernate)
Krankenversicherung	18 Kammern	(13,65 Dezernate)
Pflegeversicherung	5 Kammern	(2,0 Dezernate)
Güterichterverfahren	1 Kammer	

Inhaltsübersicht über die wesentlichen Fachgebiete

In der **Rentenversicherung** sind die Klagen gerichtet auf die Gewährung von Rente wegen Erwerbsminderung, von Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben. Weitere Streitgegenstände sind u.a. die Vormerkung von Versicherungszeiten, die Berechnung von Renten, die Aufhebung von Rentenbescheiden z.B. wegen der Anrechnung von Einkommen und Erstattungsforderungen. Hinzu kommen Streitigkeiten wegen Betriebsprüfungen der Rentenversicherungsträger und Feststellungen der Sozialversicherungspflicht.

Im Bereich des **Arbeitsförderungsrechts** wird vor allem um die Höhe von Arbeitslosengeld, um die Rechtmäßigkeit der Feststellung einer Sperr- oder Säumniszeit und um die Anrechnung von Nebeneinkommen gestritten. Geklagt wird z.B. auch gegen die Ablehnung der Förderung von Maßnahmen zur beruflichen Aus- und Weiterbildung.

Die für den Bereich der gesetzlichen **Unfallversicherung** zuständigen Kammern haben vorrangig über Klagen zu entscheiden, bei denen über den Zusammenhang zwischen der versicherten Tätigkeit und dem Unfall, über die Höhe einer arbeitsunfallbedingten Minderung der Erwerbsfähigkeit oder über die Anerkennung von Berufskrankheiten gestritten wird.

Für das Rechtsgebiet der **Krankenversicherung** typische Fallgestaltungen stellen solche Verfahren dar, bei denen um die Anerkennung alternativer Medikamente und Behandlungsmethoden sowie um die Notwendigkeit bestimmter Hilfsmittel und die medizinische Indikation für bestimmte Therapien gestritten wird. Große Bedeutung haben derzeit Streitverfahren zwischen Krankenkassen und Krankenhausträgern um die Erstattung von Behandlungskosten.

Die meisten Klageverfahren aus dem Bereich der **Pflegeversicherung** werden von Versicherten geführt. Hier geht es um die Ermittlung des für die Zuordnung zu einer Pflegestufe bzw. ab 01.01.2017 zu einem Pflegegrad maßgeblichen Hilfebedarfs mit Besonderheiten bei dem Hilfebedarf von Kindern, um die Gewährung von Leistungen bei eingeschränkter Alltagskompetenz sowie die Leistungsvoraussetzungen für Pflegehilfsmittel (z.B. Pflegebetten) oder die Gewährung eines Zuschusses zu einer Maßnahme der Wohnumfeldverbesserung (z.B. Badezimmerumbau). Weitere Klagen betreffen die Gewährung eines sog. Wohngruppenzuschlages. Klagen die Träger von Pflegeeinrichtungen, geht es oft im Rahmen der Qualitätssicherung um die Zulässigkeit der Internetveröffentlichung der Ergebnisse von Qualitätsprüfungen in Pflegeeinrichtungen („Pflege-TÜV“/„Pflegetoten“) oder auch um die Berechnung der den Bewohnern in Rechnung zu stellenden Investitionskosten. Im Bereich der privaten Pflegeversicherung geht es meist um rückständige Beiträge.

Die Verfahren im **Vertragsarztrecht** betreffen u.a. Streitigkeiten um die Zulassung von Ärzten zur vertragsärztlichen Versorgung, Wirtschaftlichkeitsprüfungen, honorarrechtliche Streitigkeiten sowie Disziplinarmaßnahmen. Verfahren über die Zulassung von Psychotherapeuten zur vertragsärztlichen Versorgung und die Vergütung psychotherapeutischer Leistungen werden ebenfalls von den Kassenärztkammern entschieden.

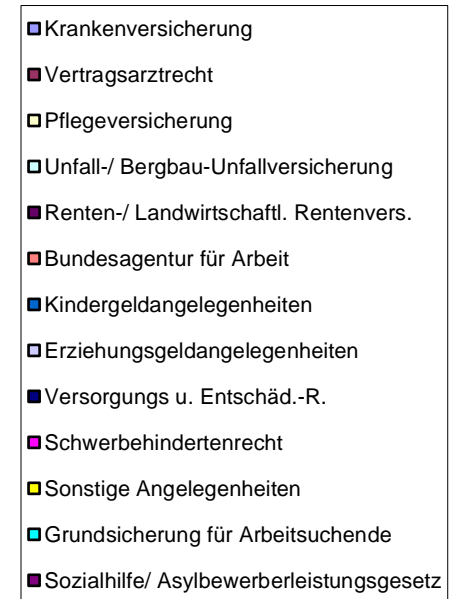
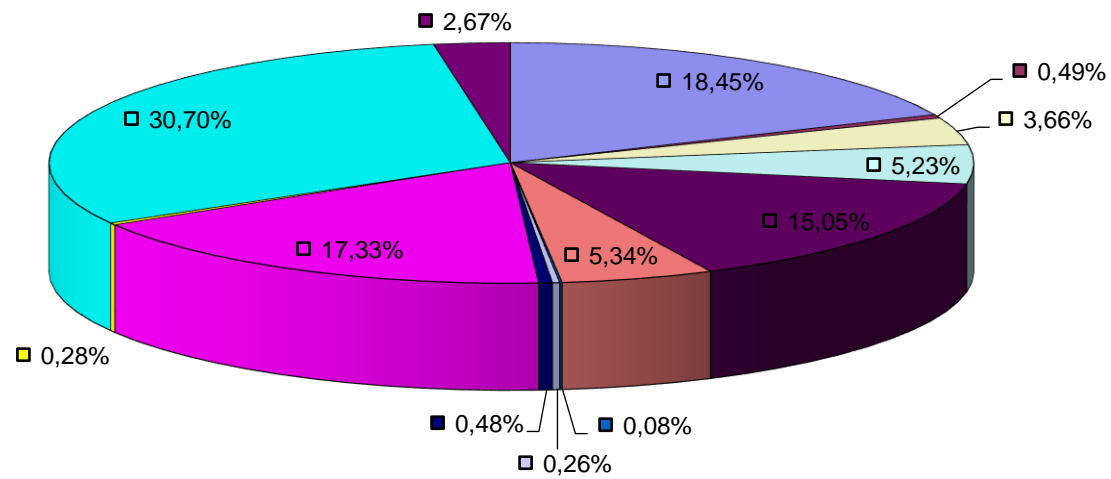
Im Bereich des **Schwerbehindertenrechts** streiten die Beteiligten hauptsächlich über den Grad der Behinderung (GdB) und/oder die Voraussetzungen für die Anerkennung von Nachteilsausgleichen, z.B. wegen erheblicher Beeinträchtigung der Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr (sog. Merkzeichen „G“).

Das **Recht der sozialen Entschädigung** bei Gesundheitsschäden umfasst das Recht der Kriegsopferversorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz und die Entschädigung nach anderen Gesetzen, die auf das Bundesversorgungsgesetz und dessen Leistungsrecht Bezug nehmen. Dementsprechend betreffen die Verfahren aus diesem Bereich Klagen, mit denen der Versorgungsfall und Ansprüche wegen einer Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung, eines Impfschaden oder ein Versorgungsfall nach dem Opferentschädigungsgesetz geltend gemacht werden.

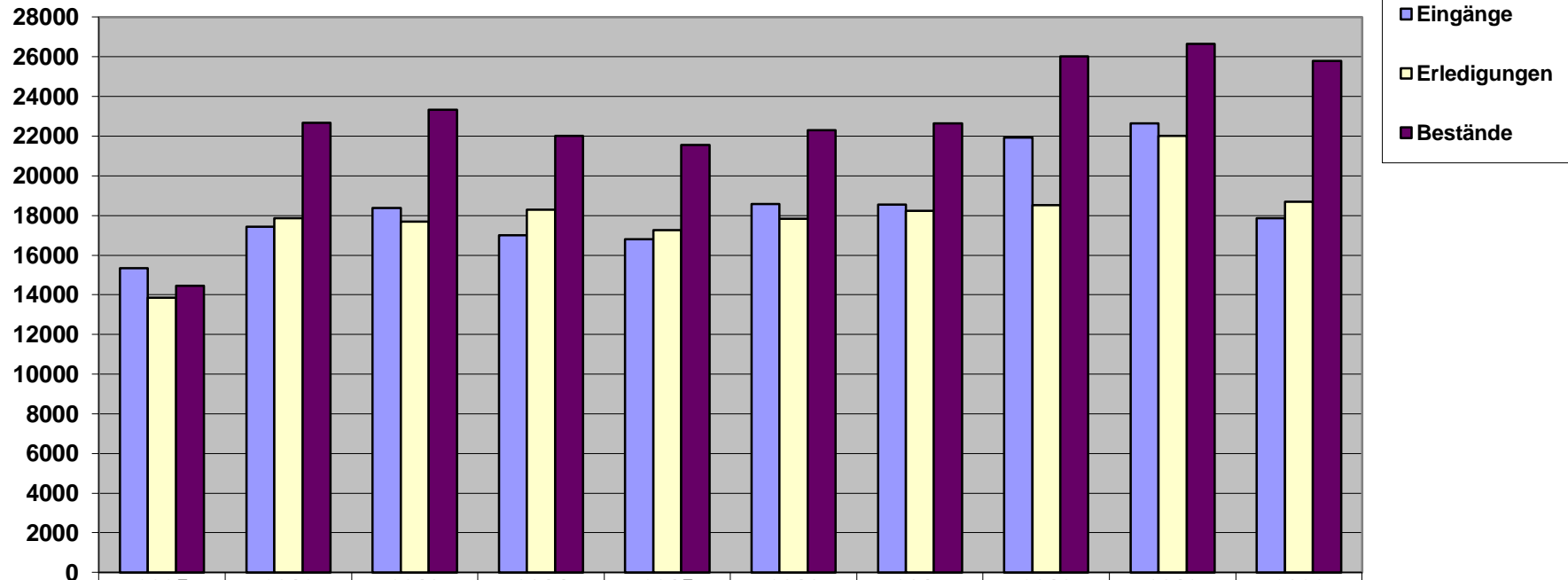
Die **Grundsicherung für Arbeitsuchende** betrifft Leistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige und die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen. Neben Leistungen zur Eingliederung in Arbeit geht es dabei vorrangig um die Gewährung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts, wobei u.a. Fragen der Berechnung des zu berücksichtigenden Einkommens bzw. des anzurechnenden Vermögens, der Rechtmäßigkeit von Sanktionen oder der Angemessenheit von Wohnkosten zu klären sind.

Im **Sozialhilferecht** wird über die Gewährung von Leistungen für nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige gestritten. Das Rechtsgebiet umfasst neben der Hilfe zum Lebensunterhalt auch die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die im Wesentlichen nach festgelegten Regelsätzen erbracht wird. Darüber hinaus gehören zur Sozialhilfe die Hilfen zur Gesundheit, die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen sowie die Hilfe zur Pflege, zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und die Hilfe in anderen Lebenslagen, wie etwa die Alten- und Blindenhilfe.

Eingänge 2020 - mit einstweiligem Rechtsschutz - (insgesamt 17.862)



Entwicklung der Eingänge, Erledigungen und durchschnittl. Bestände 2020 (mit einstweiligen Rechtsschutz)



	2005	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Eingänge	15344	17442	18373	16990	16799	18572	18559	21926	22640	17862
Erledigungen	13863	17854	17702	18303	17260	17825	18224	18517	22010	18695
Bestände	14456	22664	23335	22013	21566	22309	22641	26035	26665	25807

Entwicklung der Eingänge 2016 - 2020 (mit einstweiligem Rechtsschutz)

Gesamt:

2016 = 18.572	
2017 = 18.559	(- 0,07 %)
2018 = 21.926	(+ 18,14 %)
2019 = 22.640	(+ 3,26 %)
2020 = 17.862	(- 21,10 %)

pro Ist-Richter: 298,40 (Arbeitskraftanteil in
Rechtssachen: 59,86)

Anteile der Fachsparten

Rentenversicherung

2016	2.400	
2017	2.563	(+ 6,79 %)
2018	2.531	(- 1,25 %)
2019	2593	(+ 2,45 %)
2020	2591	(- 0,08 %)

Arbeitslosenversicherung

2016	1.032	
2017	1.075	(+ 4,17 %)
2018	1.151	(+ 7,07 %)
2019	949	(- 17,55 %)
2020	926	(- 2,42 %)

Grundsicherung für Arbeitsuchende (AS)

2005	1.422	
2016	6.190	
2017	6.262	(+ 1,16 %)
2018	6.449	(+ 2,99 %)
2019	6.067	(- 5,92 %)
2020	5.310	(- 12,48 %)

Sozialhilfe (SO/AY)

2016	789	
2017	701	(- 11,15 %)
2018	736	(+ 4,99 %)
2019	...692	(- 5,98 %)
2020	557	(- 19,51 %)

Unfallversicherung einschließlich Bergbau-Unfallversicherung

2016	1.222	
2017	1.073	(- 12,19 %)
2018	948	(- 11,65 %)
2019	906	(- 4,43 %)
2020	959	(+ 5,85 %)

Krankenversicherung

2016	2.739	
2017	2.974	(+ 8,58 %)
2018	6.175	(+ 107,63 %)
2019	7.425	(+ 20,24 %)
2020	3.474	(- 53,21 %)

Pflegeversicherung

2016	462	
2017	524	(+ 13,42 %)
2018	487	(- 7,06 %)
2019	500	(+ 2,67 %)
2020	636	(+ 27,2 %)

Vertragsarztrecht

2016	185	
2017	132	(- 28,65 %)
2018	80	(- 60,61 %)
2019	130	(+ 62,50 %)
202084	(- 35,38 %)

Schwerbehindertenrecht mit Versorgungs- und Entschädigungsrecht

2016	3.443	
2017	3.162	(- 8,16 %)
2018	3.290	(+ 4,05 %)
2019	3.279	(- 0,33 %)
2020	3.071	(- 6,34 %)

Güterichterverfahren

2016	4	
2017	156	(+3800,00 %)
2018	11	(- 92,95 %)
2019	15	(+ 36,36 %)
2020	24	(+ 60,00 %)

Entwicklung der Erledigungen 2016 - 2020 (mit einstweiligem Rechtsschutz)

Gesamt:

2016 = 17.825
 2017 = 18.224 (+ 2,24 %)
 2018 = 18.517 (+ 1,61 %)
 2019 = 22.010 (+ 18,86 %)
 2020 = 18.695 (- 15,06 %) pro Ist-Richter 312,31 (Arbeitskraftanteil in
 Rechtssachen: 59,86)

Anteile der Fachsparten

Rentenversicherung

2016	2.314	
2017	2.314	(+/- 0 %)
2018	2505	(+ 8,25 %)
2019	2.461	(- 1,76 %)
2020	2.287	(- 7,07 %)

Krankenversicherung

2016	2.208	
2017	2.755	(+ 24,77 %)
2018	3.290	(+ 19,42 %)
2019	7.336	(+ 122,98 %)
2020	4.982	(- 32,09 %)

Arbeitslosenversicherung

2016	1.054	
2017	1.095	(+ 3,89 %)
2018	1.008	(- 7,95 %)
2019	915	(- 9,23 %)
2020	854	(- 6,67 %)

Pflegeversicherung

2016	465	
2017	495	(+ 6,45 %)
2018	498	(+ 0,61 %)
2019	450	(- 9,64 %)
2020	530	(+ 17,78 %)

Grundsicherung für Arbeitsuchende

2016	5.910	
2017	6.198	(+ 4,87 %)
2018	6.016	(- 2,94 %)
2019	5.840	(- 2,93 %)
2020	5.439	(- 6,67 %)

Vertragsarztrecht

2016	188	(- 24,50 %)
2017	156	(- 17,02 %)
2018	202	(+ 29,49 %)
2019	131	(- 35,15 %)
2020	93	(- 29,01 %)

Sozialhilfe (SO/AY)

2016	733	
2017	749	(+ 2,18 %)
2018	700	(- 6,54 %)
2019	618	(- 11,71 %)
2020	643	(+ 4,05 %)

Schwerbehindertenrecht mit Versorgungs- und Entschädigungsrecht

2016	3.857	(- 10,05 %)
2017	3.415	(- 11,46 %)
2018	3.111	(- 8,90 %)
2019	3.229	(+ 3,79 %)
2020	2.797	(- 13,38 %)

Unfallversicherung einschließlich Bergbau-Unfallversicherung

2016	1.002	(+ 9,87 %)
2017	1.152	(+ 14,97 %)
2018	905	(- 21,44 %)
2019	806	(- 10,94 %)
2020	834	(+ 3,47 %)

Entwicklung der durchschnittl. Bestände 2016 - 2020 (mit einstweiligem Rechtsschutz)

Gesamt:

2016 = 22.309
 2017 = 22.641 (+ 1,49 %)
 2018 = 26.035 (+ 14,99 %)
 2019 = 26.665 (+ 2,43 %)
 2020 = 25.807 (- 3,32 %) pro Ist-Richter: 431,12 (Arbeitskraftanteil in
 Rechtssachen: 59,86)

Anteile der Fachsparten

Rentenversicherung

2016 3.527
 2017 3.956 (+ 12,16 %)
 2018 3.975 (+ 0,48 %)
 2019 4.107 (+ 3,32 %)
 2020 4.278 (+ 4,16 %)

Arbeitslosenversicherung

2016 1.324 (- 1,71 %)
 2017 1.304 (- 1,51 %)
 2018 1.173 (- 10,05 %)
 2019 1.199 (+ 2,22 %)
 2020 1.272 (+ 6,09 %)

Grundsicherung für Arbeitsuchende

2016 6.573
 2017 6.634 (+ 0,93 %)
 2018 7.066 (+ 6,51 %)
 2019 7.225 (+ 2,25 %)
 2020 7.015 (- 2,91 %)

Sozialhilfe (SO)

2016 699 (+ 8,04 %)
 2017 654 (- 6,43 %)
 2018 599 (- 8,41 %)
 2019 656 (+ 9,25 %)
 2020 701 (+ 6,86 %)

Unfallversicherung einschließlich

Bergbau-Unfallversicherung

2016 1.698
 2017 1.619 (- 4,65 %)
 2018 1.662 (+ 2,66 %)
 2019 1.758 (+ 5,78 %)
 2020 1.882 (+ 7,06 %)

Krankenversicherung

2016 3.197
 2017 3.416 (+ 6,85 %)
 2018 6.301 (+ 84,46 %)
 2019 6.380 (+ 1,25 %)
 2020 4.872 (- 23,64 %)

Pflegeversicherung

2016 658
 2017 687 (+ 4,41 %)
 2018 676 (- 1,60 %)
 2019 723 (+ 6,95 %)
 2020 830 (+ 14,8 %)

Vertragsarztrecht

2016 300 (- 0,99 %)
 2017 276 (- 8,00 %)
 2018 154 (- 44,20 %)
 2019 153 (- 0,65 %)
 2020 149 (- 2,61 %)

Schwerbehindertenrecht mit Versorgungs- und Entschädigungsrecht

2016 4.247
 2017 3.994 (- 5,96 %)
 2018 4.165 (+ 4,28 %)
 2019 4.182 (+ 0,41 %)
 2020 4.476 (+ 7,03 %)

Dauer der zum Abschluss gebrachten Klageverfahren (ohne einstweiligen Rechtsschutz)

	2016	2017	2018	2019	2020
unter einem Jahr	47,73% (7.717)	50,32 % (8.346)	50,02 % (8.584)	58,58 % (12.200)	46,86 % (8.269)
ein bis zwei Jahre	30,67 % (4.960)	31,04 % (5.149)	30,90 % (5.303)	24,79 % (5.163)	33,82 % (5.964)
mehr als zwei Jahre	21,60 % (3.493)	18,64 % (3.092)	19,08 % (3.274)	16,63 % (3.464)	19,34 % (3.413)
Erledigungen insgesamt	16.170	16.587	17.161	20.287	17.646

Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten

	Klageverfahren insgesamt	Grundsicherung für Arbeitsuchende
2017	14,9	14,9
2018	14,8	14,5
2019	13,3	15,2
2020	15,3	15,5
Verfahrensdauer einstweiliger Rechtsschutz 2020: 1,8 Monate		

Erfolg der erledigten Klageverfahren, an denen Versicherte und Leistungsberechtigte beteiligt waren

	2018 Insgesamt	2018 Davon Grundsi- cherung für Arbeitsu- chende	2018 Davon Sozialhilfe	2019 Insgesamt	2019 Davon Grund- Sicherung für Arbeitsu- chende	2019 Davon So- zialhilfe	2020 Insgesamt	2020 Davon Grundsi- cherung für Arbeitsu- chende	2020 Davon So- zialhilfe
mit vollem Erfolg	15,89 %	15,60 %	6,61 %	12,21 %	12,94 %	13,24 %	13,47 %	10,91 %	22,11 %
mit teilweisem Erfolg	16,92 %	10,30 %	28,62 %	17,80 %	10,62 %	21,54 %	22,05 %	10,59 %	16,84 %
ohne Erfolg	57,34 %	66,59 %	55,05 %	62,95 %	69,52 %	58,89 %	57,98 %	70,72 %	48,21 %
auf sonstige Art	9,85 %	7,51 %	9,72 %	7,04 %	6,93 %	6,32 %	6,50 %	7,78 %	12,84 %

Entscheidungen und Berufungen

	2018	2019	2020
Erledigte Klageverfahren	17.161	20.827	17.646
davon Entscheidungen	1.508 (8,79 %)	1.456 (6,99 %)	1.418 (8,04 %)
davon Berufungen	706 (46,82 %)	551 (37,84 %)	761 (53,67 %)